

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

22.9.1919 (No. 263)

Bestandteile
Karlstraße frei im
Haus geliefert monat-
lich 1.80 M. Viertel-
jährlich 5.70 M. an-
sonsten monatlich ab-
geholt 1.80 M.
Auswärts durch
Post frei in 8
Tagen gebracht vier-
teljährlich 5.52 M. Ein-
zelnummer 10 Pf.

Berlin, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Königsplatz 1

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verleger: Gustav Kasperl; verantwortlich für Inhalt: Martin Gollinger; für Baden, Soles und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Heilbronn: Carl Dellemer; für Sinsheim: Paul Kubmann.
Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Verleger: Dr. Kurt Seturich, Friedenau, Regentstraße 65/66, Teleph.-Amt Umland 2002. Für unverlangte Manuskripte oder Druckarbeiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erbeten, wenn Porto beifügt ist.

116. Jahrg. Montag, den 22. September 1919 Nr. 263.

Diplomatie und Entstehen des Weltkriegs.

5. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:
Die Veröffentlichung österreichischer Dokumente über die Vorgänge in den verhängnisvollen Julitagen 1914 zeigt in erschreckender Weise die politische und diplomatische Unfähigkeit in Berlin, vor allem aber auch in Wien, die den Ausbruch der Weltkriestrophe herbeigeführt haben. Gewiß, sie würde wohl unvermeidlich gewesen sein. Die Menschheitsentwicklung hat sich immer in einer Aufeinanderfolge ungeheurer Krisen und dann wieder Perioden ruhigen Aufbaues und der Vorbereitung vollzogen. Aber was nach menschlichem Ueberbild und Urteil zu vermeiden gewesen wäre, das war das Diktum, das durch die Ungeschicklichkeit, jedes Augenblick vermissen lassende politische Geschäftsführung in Berlin und Wien auf uns gewälzt werden konnte.

Es ist die dilettantische Prestigepolitik, die Graf Berchtold entgegen den Warnungen des doch gewiß nicht schwächlichen, aber allein staatsmännischen Grafen Tisza trieb, nicht fast verbrecherisch, und gibt es eine Entschuldigung für den treulichen aber alten österreichischen Hofstaat? Gollner, der nicht einmal das, was ihm vom Kaiser Wilhelm und Bethmann Hollweg gesagt worden war, torste nach Wien zu übermitteln vermochte. Die Großmännlichkeit der k. u. k. Krone und die mangelnde Selbstständigkeit der deutschen Regierung haben dann eine totalitäre Lösung des Konflikts mit Serbien und seine Beilegung durch scharfe, aber diplomatische Mittel verhindert.

Es haben den Weltbrand entflammend lassen unter Umständen, die moralisch, politisch und wirtschaftlich für die Mittelmächte die denkbar ungünstigsten waren. Unverkennbar hat dabei auch eine einseitige militärische Orientierung Kaiser Wilhelms und seiner Umgebung mitgewirkt, die Russland noch nicht für ganz gesichert hielt und eine umfangreiche militärische Aufrüstung Englands für völlig ausgeschlossen ansah.

Es muß aber besonders betont werden, daß von Berlin aus zwischen dem 28. und 31. Juli die Vermittlungsvorarbeiten Graf Edvard Grews durchaus eifrig unterstützt worden sind, daß jedoch Graf Berchtold teilweise unter bewußter Fälschung des deutschen Standpunktes an der Gewaltpolitik gegen Serbien, die den europäischen Krieg in sich schloß, hartnäckig fechtete. Die Schuld der deutschen Regierung ist, daß sie, von der Idee einer mitteleuropäischen Expansion befangen, sowohl die Machtverhältnisse wie die Willensbedingungen in der Weltpolitik vollständig falsch einschätzte und dem vor dem unvermeidlichen Zusammenbruch stehenden Kaiserreich in seiner Kaiserzeit durch die dumm folgte.

Denn wenn auch in den letzten Tagen der englische Vorschlag von Deutschland unterstützt wurde, so durfte man es doch tatenlos in Berlin, daß Graf Berchtold überhaupt nicht antwortete, und daß infolgedessen England auch an der Aufrichtigkeit der deutschen Regierung zweifelte. Man hat ferner geduldet, daß die Wiener unannehmbare Note an Serbien bis zum 28. in Berlin überhaupt nicht vorlag.
Man hat ferner zugegeben, daß Italien wie Rumänien von der scharfen Aktion Österreich-Ungarns gegen Serbien unterrichtet wurden, wodurch besonders Italien der Vorwand zur Ausbreitung des Bündnisses gesehert wurde, was auch von den nicht ententesfreundlichen Italienern nicht bestritten werden konnte. Wenn die Männer, die damals in Wien für die Regierung verantwortlich waren, nach dieser Heftigkeit als direkte Schuldige an der Katastrophe genannt werden, so werden wir Deutsche von neuem tief erschüttert durch die einseitige und verhängnisvolle Anzulänglichlichkeit, mit der auch unser 70-Millionenvolk in den kritischen Wochen regiert worden ist. Die damals gemachten Fehler und danach erfolgten überstürzten Kriegserklärungen haben uns in den Augen der Völker eine schwere moralische Niederlage gebracht, die alle militärischen Glanzleistungen niemals wettmachen konnten.

Die Dokumente des Weltkriegs.

Wien, 20. Sept. (Wolff.) Unter dem Titel „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkriegs“ hat Dr. Robert Gollner mit Genehmigung des Reichsarchivs die österreichischen Staatsarchive des k. u. k. Hofes durch aufmerksamer Forschungen jetzt eine historische Arbeit veröffentlicht. Sie gibt eine genaue Darstellung der Haltung des Wiener Kabinetts vom Juni bis 1. August 1914, also von der Zeit von Sarajewo bis zur Kriegserklärung des Deutschen Reiches an Österreich-Ungarn. In den veröffentlichten Stellen geht hervor, daß das bisherige, hauptsächlich auf die Beweisführung der Entente für die ablehnende Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem belgischen Vermittlungsversuch stützende, schwerwiegende materielle Urzeugnisse enthält.
Es wird festgestellt, daß der englische Botschafter am 5. Juli 1914 in Wahrheit eine Sitzung

des Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten in Wien am 7. Juli war, dessen Protokoll im Wortlaut durch die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht wurde. Aus der in Rede stehenden Veröffentlichung geht weiter hervor, daß das Berliner Kabinett ohne Kenntnis des Wortlautes der österreichisch-ungarischen Note an Serbien geantwortet ist und an ihrer Abweisung keinen Anteil hatte, sowie daß die fertige Antwortnote vom Wiener Kabinett nach Berlin überhaupt nicht mitgeteilt wurde. Herr von Tschirschky war beauftragt, an die nach Wien weiter gegebenen Meinungen Graf Edvard Grews unter anderem folgende Bemerkungen zu machen, das deutsche Kabinett müsse es brüderlich und nachdrücklich der Ermüdung der k. u. k. Regierung anheimstellen, die Vermittlung Englands unter den gegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Es sei für Österreich und Deutschland immer wichtiger, die Verantwortung für die Folgen einer ablehnenden Haltung zu tragen. Ebenso unüberwindlich bezeichnet aber die Arbeit die weitere Tatsache, daß der englische Botschafter in der diktatorischen und ungeschicklichen Behandlung durch das Wiener Kabinett keine Annahme gefunden hat.

Wien, 21. Sept. (Wolff.) Die hier unter dem Titel „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkriegs“ herausgegebene quellenkritische Darstellung der Vorgänge des Weltkriegs hat als wesentliches Ergebnis eine exakte Darstellung der Verhandlung, die die von Berlin weitergeleiteten und energisch beantworteten englischen Vermittlungsversuche in Wien ergaben. Und in dem demnach abgeleiteten Nachweis, daß die deutsche Regierung, die anfänglich eine energische Aktion der Monarchie gegen Serbien gutsehen sollte, dies in der Voraussicht tat, daß aus dem österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikt kein Weltbrand entsteht, und daß sie in ihren darauf gerichteten Bemühungen von Wien aus unterstützt werde, ferner, daß die deutsche Regierung ihrerseits die englischen Vermittlungsversuche zurückwies und mit großem Nachdruck in Wien unterstützte, und daß die Schuld an der Erfolglosigkeit der englischen Bemühungen nicht ihr zufällt, schließlich, daß und in welchem Grade der österreichisch-ungarischen Regierung ein Anteil an dieser Schuld zuzuschreiben ist, bezieht die Publikation die ernstliche Friedensliebe Graf Edvard Grews und liefert aus der Entstehungsgeschichte der österreichisch-ungarischen Aktion der Zeit ihrer Abfassung und Abweisung die Erklärung für die besonders verhängnisvolle Tatsache, daß Graf Edvard Grews in den entscheidendsten Stunden dahin gelangte, an dem Wunsch der deutschen Regierung nach Vermeidung des großen europäischen Zusammenstoßes zu zweifeln.

Wien, 21. Sept. (Wolff.) Aus den veröffentlichten Dokumenten ist noch hervorzuheben: Der französische Botschafter Dumaine sprach am 22. Juli 1914 im Auswärtigen Amt vor und betonte in drastischen Farben die Gefahren eines Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Serbien. Er schloß trotzdem seine Ausführungen damit, daß er auf ein kirchliches Gespräch mit seinem russischen Kollegen hinwies, aus dem er die Überzeugung gewonnen habe, daß Russland nicht getrieben sei, für die Serben anlässlich der bevorstehenden Auseinandersetzung mit Österreich-Ungarn einzutreten und ihnen mehr als moralische Unterstützung zu gewähren. Im Falle eines Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Serbien würde Russlands Politik nach Ansicht des französischen Botschafters nicht aktiv eingreifen, sondern vielmehr am liebsten, daß der Krieg isoliert bleibe.

Wien, 20. Sept. (Korr.-Bür.) Mit der amtlichen Veröffentlichung beginnt die Erschließung des archaischen Materials über die Entstehung des Weltkriegs. Schon seit dem Abschluß des Waffenstillstandes hat das Staatsamt des Außenwesens das Material gesammelt, das auf den serbischen Konflikt und damit auf die Entstehung des Weltkriegs Bezug hat. Niemand kann von dem Vereinfachen der Katastrophe mehr überrascht worden sein, als die Deutschen in Österreich. Schon seit der Okkupation Bosniens und der Herzegovina im Jahre 1878 war bei diesem Volke die Balkanpolitik des Kaisers Kaiserin Gegenstand der Beunruhigung und der Sorge. Auf dem Balkan traten sich die magyarisierenden und jugoslawisierenden Interessen. Ein Konflikt schien unvermeidlich, und wenn die Deutschösterreicher in ihrer großen Überzahl überhaupt Stellung zu dieser Frage nahmen, so dachten sie an eine Lösung in der Art des Trialismus, die den jugoslawischen Interessen selbst auf Kosten der magyarisierenden gerade zu werden versprach. Darum war gerade für uns, die am meisten betroffenen Opfer im Kriege, das Interesse immer lebendig, wie denn das Unheil überhaupt entstehen konnte. Die vorbestaltene Eingabe der Österreich an das alte Regime und die absolute Macht der Regierungen verhinderte sie während des Krieges selbst, die Frage nach der Verantwortung festzustellen.

Nachdem der Waffenstillstand geschlossen war, war die Möglichkeit der Untersuchung gegeben. Nach dem Friedensschluß drängte sich die Publikation von selbst auf. Nach dem Friedensvertrage haben alle Völker Zutritt zu den Akten. Deutschland konnte sich nicht einseitig Darstellungen ausweisen und es mußte so frank und frei das ihm zur Verfügung stehende Material selbst veröffentlichen. Unser Auswärtiges Amt konnte sich um so eher dazu entschließen, als die Akten selbst ergeben, daß der Krieg durch eine Handvoll Menschen aus der unmittelbaren Umgebung der Krone ohne jede Billigungnahme mit den parlamentarischen Körperschaften betrieben wurde. Die ganze Verantwortlichkeit und Unhaltbarkeit des absoluten Regimes ergibt sich aus dieser einen Tatsache allein. Die Publikation mußte sich selbstverständlich auf die im ehemaligen Ministerium des Außenwesens vorgefundenen Akten beschränken. Diese wurden gewissenhaft und lückenlos veröffentlicht. Es ist selbstverständlich, daß wie viel sie auch unvollständig beweisen, zur Feststellung der tatsächlichen Vorgänge nach der Publikation der Akten des deutschen Außenwesens sowie der a. und a. Mächte erforderlich sind.

Außerdem weiß jeder historische Gelehrte, daß die Akten nur im Augenblick festgelegte Niederlagen

der Ereignisse bilden. Erst die Zeugnisse der Beteiligten werden ein abschließendes Bild der Ereignisse geben können. Für die lauterer Absichten der Publikation Österreichs, das schon bei den Friedensverhandlungen bereitwillig die auf Deutschland entfallende Wiedergutmachungspflicht zugestanden, dafür aber energisch die gesamte Verantwortung abgelehnt hat, mag diese Veröffentlichung vor der Welt ein Zeugnis bilden. Wir haben nichts mehr zu verbergen und wir wollen nichts verbergen. Wir wollen im Gegenteil alles dazu beitragen, um jene Klarheit in den Beziehungen mit allen Völkern herzustellen, die die beste Voraussetzung für eine dauernde Verständigung ist.

Wirklicher Friede?

ar. Berlin, 20. Sept.
Fast drei Monate sind verfloßen, seit Frankreich den Friedensvertrag in Versailles mitunterzeichnet hat und noch immer ist er nicht ratifiziert. Aber man glaube nur ja nicht, daß die französische Politik von der gereizten Feindseligkeit, die sie während des Waffenstillstandes und des bisherigen unbestätigten Friedens Deutschland gegenüber zeigte, auch nur um ein iota nachläßt. Im Gegenteil, weil durch die Ratifizierung alle Ansprüche Frankreichs aus den 440 Artikeln des Vertrages fällig werden, bezieht man sich in Paris, sofort an die Wahrheit zu gehen und nichts unter den Tisch fallen zu lassen. Vom deutschen Kaiser war Wochen hindurch nicht mehr die Rede. Jetzt wird allem Volke verkündet, der Kaiser der Feind habe beschworen, die Auslieferung Wilhelms II. von Holland nur einigwillig zu verlangen. Und so sehr auch die Nachfrage nach dem Kaiserprozess in England abgeklaut ist, Frankreich besteht auf seinem Schemel. Die öffentliche Meinung wird dafür geheizt.

In den Pariser Blättern erscheinen wieder lange Listen all der bösen Vorgesetzten, deren Kopf oder doch Person aus Wäskeln verlangt wird. Nebenbei gesagt, auch zwölf Kriegsgerichtspräsidenten der deutschen Presse sollen vor Verbandsgerichte gestellt werden. Bekannt man die hohen Verurteilungen nicht, so will man sich an den armen Journalisten schadlos halten. Wer die Verurteilungen verstehen will, aus der heraus dieser blinde Rache durch wüthet, braucht nur den soeben veröffentlichten Anklagebeschluss der Senatskommission gegen Cailleur durchzulesen. Der frühere Ministerpräsident wird des Hochverrats beschuldigt auf Grund dreier Paragraphen des Strafgesetzbuches, die sämtlich Todesstrafe androhen. Und das alles, weil Cailleur ganz heimlich einmal eine Verfassungsgänderung plante, die sich in Verbindung mit der „sonstigen Politik“ als langjährige Manipulation gegen den endgültigen Sieg darstellte. Wirklich heißt es in dem Anklagebeschluss: „Zur Aufstellung einer Anklage wegen Vandalismus oder Verhöhnung des Unternehmungen den Feind begünstigen konnten, indem sie sein Vorgehen erleichterten.“ Also dolus eventualis und Schuld auch bei Versuch an untauglichen Objekt. Alle juristischen Klünne sind aufgehoben. Man sollte glauben, der Franzose, der sich heute im Siegerbegehren jammert, dürfte auf solche Rache verzichten. Aber nein, er verfolgt auch nur die Möglichkeit, am Siege gehindert worden zu sein, bis ins dritte und vierte Glied.

Dieser ewige Haß, der nichts anderes ist, als Furcht, zeigte sich auch deutlich bei den Pariser Kammerdebatten der letzten Tage. Als man vom Abstufungstakt sprach, rief der Abgeordnete Weiler darwischen: „Frankreich wird betrogen!“ In Deutschland arbeitete jeder täglich mit Überdruß für Vaterland, das soll heißen, für einen Raubfeldzug gegen Frankreich. Das Saun lachte zwar. Weiler mußte seinen Unsinns zurücknehmen. Aber irgend so etwas Schlimmes, das Deutschland in Schilbe führt, denkt und fürchtet jeder Gallier.

Als von den amnestierten deutschen Schutzgeboten (Logo und Kamerun) die Rede war, gab Minister Simon dem deutschen „Kolonialterror“ den Geißelstreich, indem er sagte, die Verbündeten müßten jetzt nach der Verjagung der Deutschen aus Afrika gegenüber der misshandelten Bevölkerung ihre Pflicht als Beschützer erfüllen. Wie die Deutschen in Afrika, insbesondere bei den Senegalesen gehandelt hätten, das brauche man nicht zu beschreiben, das hätte man ja in den besetzten Gebieten erlebt. Warum nennt der Kolonialminister Frankreichs nicht auch den Wilmshöner Geißelmord als Beispiel des wahren Deutschthums? Bei dem irren Haß gegen alles Deutsche wäre auch das nicht verwunderlich. Solche Sabotagen feiert der französische Parlamentarismus in der Stunde, in der er dazu schreitet, endlich Frieden mit einem besiegten und monatelang gemarterten Gegner zu schließen!

Anatole France, der französische Dichter und Geschichtsschreiber, neben Henri Barbusse einer der ganz wenigen „Erwachten“, erließ kürzlich einen Aufruf gegen den ewigen Chauvinismus. Er forderte die Erzieher der Jugend an, den nationalen und chauvinistischen Grundgedanken zu beseitigen und an seine Stelle das Ideal der Völkerbrüderlichkeit zu setzen. Das Echo in der Presse war gleich null. Man will solche Aufrufe nach wirklichen Frieden totschweigen. Nicht die geringste Aussicht besteht heute dafür, daß eine Änderung in dem von Anatole France gewünschten Sinne eintritt. Die französischen Sozialisten? Ihnen kommt es vorläufig nur darauf an, daß in Deutschland nicht mehr als acht Stunden, am liebsten nur sechs Stunden täglich gearbeitet wird. Der Friede ist für sie eine proletarische Wirtschaftsprage. Sie meinen sie, kommt der Friedenszeit von selber. Ob das aber nicht ein großer Irrtum ist?

Eine Bisse der Bewohner des Memelgebietes.

Berlin, 21. Sept. Der Reichsminister des Außenwesens, A. Müller, hat Freiherrn v. Lersner um die Ueberreichung folgender Note gebeten:
Vertreter des Memelgebietes, das nach Teil III Art. 10 des Friedensvertrages an die a. und a. Hauptmächte überlassen werden soll, sind wiederholt bei der Reichsregierung mit der Bitte vorstellig geworden, eine heilige Entscheidung über ihr zukünftiges Staats- und völkerrechtliches Schicksal herbeizuführen. Während die überwindende Mehrheit der Bevölkerung keinerlei Änderung des Zustandes wünscht, auf jeden Fall aber die Entscheidung des Volkes selbst über die Staatszugehörigkeit nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes fordert, empfinden alle Bewohner des Memelgebietes den unhaltbaren Zustand der Unsicherheit als lästig und schädlich zugleich. Das wirtschaftliche Leben des auf regen Handel angewiesenen Gebietes leidet auf das Empfindlichste. Die Unternehmungslust ist gelähmt. Die nationalen und sozialen Gegensätze verschärfen sich. Für die Regierung selbst ergeben sich aus dieser Lage große verwaltungsrechtliche Schwierigkeiten. Allen diesen Nachteilen würde eine möglichst baldige Stellungnahme der a. und a. Hauptmächte über das Memelgebiet abhelfen, die den Wünschen der Bevölkerung Rechnung trägt.

Die Besatzung im Rheinland.

London, 22. Sept. (Reuter.) Morinabot meldet, es sei beschlossen worden, neben der im Rheinland in Garnison befindlichen Brigade noch eine britische Division dort zu besetzen.

Der Oberste Rat und die Weltverjorgung.

Amsterdam, 20. Sept. (Wolff.) „Telegraaf“ meldet aus Brüssel: Der interalliierte Oberste Wirtschaftsrat ist heute morgen zusammengetreten. Der Rat befahte sich hauptsächlich mit der Lebensmittelverjorgung. Die Schwierigkeiten bei dem großen Bedarf Deutschlands an Lebensmitteln und Rohstoffen bestehen in der Verachtung. Den Berichten, die dem Rat vorliegen, zufolge sind in der Welt genügend Lebensmittel vorhanden, um alle Länder versorgen zu können. Schwierig ist nur die Transport- und Schiffsraumfrage. Die Berichterstattung erklärte, daß die Weltbörse ausreichen. Die Baumwollbörse sei weniger: eine erleichterte Verteilung der Lebensmittel zu sichern, werden beratende Ausschüsse in allen alliierten Ländern errichtet. Deutschland wird verjort werden; es soll jedoch dabei bemerkt werden, daß Deutschland dadurch ein Konkurrent der Länder wird, die durch den Krieg neulichen haben.

Amsterdam, 21. Sept. Der Brüsseler Korrespondent des „Telegraaf“ berichtet, daß der interalliierte oberste Wirtschaftsrat in seiner gestrigen Sitzung dem Ersuchen der deutschen Regierung zugestimmt habe, daß die deutschen Ausfuhrzölle in den unter der Verwaltung der Alliierten stehenden früheren deutschen Schiffe verladen werden, die sich nach Argentinien begeben, um dort Getreide für Deutschland zu laden, wenn kein alliiertes Schiffsraum dafür verfügbar ist. Außerdem hat der Rat die sofortige Abschaffung aller seit dem 28. April außer Kraft gesetzten schmerzhaften Zölle beschlossen. Ferner wurden die vorgeschlagenen Maßregeln über Auslieferung der deutschen Petroleumschiffe an die Alliierten und ihre vorläufige Verteilung genehmigt.

Der Friede für Bulgarien.

Verailles, 21. Sept. (Wolff.) Der größte Teil der bulgarischen Friedensdelegation unter Führung des Ministerpräsidenten Teodorow hat gestern spät abends mit dem Orientexpress Paris verlassen, um mit der Regierung in Sofia über den Friedensvertrag zu verhandeln. Vor seiner Abreise erklärte Teodorow einem Vertreter des „Petit Journal“, daß er nicht glaube, daß die territorialen Ansprüche des Friedensvertrages angenommen werden können.

Erschütterung des Kabinetts Miti.

(Eigener Drahtbericht.)
b. Lugano, 22. Sept. Nach weiteren Pressemeldungen gilt die Stellung des Ministeriums Miti als erschüttert. „Giornale d'Italia“ berichtete über Meinungsverschiedenheiten zwischen Miti und Tittoni. „Corriere della Sera“ bedauert die Opposition gegen Miti, dessen Sturz im gegenwärtigen Augenblick Italien der Anarchie überliefern würde.

Ein Ultimatum an den „Helden von Fiume“.

(Eigener Drahtbericht.)
b. Mailand, 22. Sept. Nach Meldungen aus Fiume verläßt d'Annunzio über 5000 Mann. Aus dem Innern des Landes sollen Lebensmittel einetrotzen sein. In Dalmatien planten südslawische Freiwillige einen Landunversuch. Er wurde verhindert. Durch Aufrufe, die d'Annunzio aufgegeben, innerhalb 48 Stunden zum reulären Heer zurückzukehren, das Ultimatum läuft heute abend ab.

Die einjährige Dienstzeit für Frankreich?

Verailles, 22. Sept. (Wolff.) In der Senatskommission für Meereswesen erklärte gestern Senator Paul Doumer, die militärische Dienstzeit in Frankreich könne ohne Gefahr auf ein Jahr herabgesetzt werden.

Ratifizierung durch Australien.

Amsterdam, 22. Sept. (Wolff.) Aus Melbourne wird drahtlos gemeldet, daß die australische Volksvertretung den Friedensvertrag und den deutsch-französischen Vertrag ratifiziert hat.

Kapitulation der Sowjetregierung?

(Eigener Drahtbericht.)
b. Stockholm, 22. Sept. Die Sowjetregierung in Petersburg bevollmächtigt verschiedene Volkskommissare, Friedensverhandlungen mit den Ententesmächten auf der Basis der von diesen aufgestellten Bedingungen einzuleiten.

Wilson nochmals in Europa?
(Eigener Drahtbericht.)
E. R. Rom, 21. Sept. Nach einer Meldung des „Messager“ beabsichtigt Präsident Wilson, nochmals nach Europa zu kommen.

China und Deutschland.
Berlins, 22. Sept. (Wolff.) Nach einer Mitteilung aus London ist es wahrscheinlich, daß die chinesischen Reparationen betreffend die deutschen Untertanen alle Einschränkungen fallen läßt, so daß die Deutschen, die in China wohnen, wieder zurückkehren können. Allerdings hört die Exterritorialität auf. Die Deutschen werden der chinesischen Gerichtsbarkeit unterworfen. Sie können keine Waren mehr mit dem Zoll von 5 Prozent einführen, sondern müssen die gleichen Zölle zahlen wie die Länder, die mit China keinen Vertrag abgeschlossen haben.

Frankreich und die Kriegsgefangenen Deutschen.

Die Frage der Entlassung der Kriegsgefangenen Deutschen scheint von den Engländern und Amerikanern am liebsten behandelt zu werden. Selbst Belgien, dem man kaum Sympathien für Deutschland nachrühmen kann, hat sich neuerdings entschlossen, die deutschen Kriegsgefangenen herauszugeben. Nach unsäglichen Qualen, wie sie die langjährige Gefangenenschaft in feindlicher Umarmung mit sich bringen muß und die den Körperlichen und seelischen Zustand unserer Gefangenen Volksangehörigen auf eine schwere Probe gestellt haben, ist nun auch in unserer Heimat ein anderer Transport von Kriegsgefangenen mit herzlichem Willkomm aufgenommen worden.

Alle die zurückgeführten Gefangenen waren aber nicht in der Hand Frankreichs, das sich bis jetzt noch nicht auf das bühnenreifere Stadium bestimmen konnte, das doch auch gegenüber den Annehmlichkeiten eines feindlichen Staates annehmbar wäre. Die französische Seele ist noch immer vom Hock umhüllt. Das ist am besten nachdrücklich zu betonen, die zu melden. Frankreich werde die Kriegsgefangenen erst nach Ratifizierung des Friedensvertrags freizulassen. Damit ist es sich so in der Hinsicht auf dem Beschluß des Obersten Rates. Es glaubt, mit der Einziehung der Vorauszahlung bis zur allgemeinen Ratifizierung ein Mittel gefunden zu haben, die deutschen Kriegsgefangenen weiter unter seiner Aufsicht zu halten.

Es war gerade die Meinung des Obersten Rates, die Freiheit der Kriegsgefangenen von der allgemeinen Ratifizierung unabhängig zu machen, denn es wäre im allgemeinen Fall ja gar nicht abzuwarten, wann die Kriegsgefangenen ihrer Freiheit zurückgegeben werden sollen. Selbst wenn man annehmen wollte, daß Frankreich die Gefangenen nach der Ratifizierung durch das französische Parlament abtransportieren die Absicht hätte, so würde das immerhin die Freiheit zu betonen, daß der Winter herbeikommen würde und die Gefangenen immer noch in Gefangenenschaft schmachten.

Es hat den Anschein, als ob Frankreich unter der Einwirkung eines nachsichtigen, höherfühlenden und ehrgeizigen Geistes in einem Gefühl von aufopferlichem Chauvinismus, der über das Selbstgefühl hinausragt, an den deutschen Gefangenen sein Mitleid fühlen will, weil es in der Frage der Rückgabe der Gefangenen eine Niederlage erlitten hat. Doch ist man aber in Deutschland geneigt, der Hoffnung Raum zu geben, daß Frankreich sich noch nicht auf die Dauer nicht hinter die anderen Nationen, die in praktischer Weise Wohlwollen an den Tag gelegt haben, absetzen lassen will. Die Annahme, daß es sein Mitleid durch Gerechtigkeit und Unverwundbarkeit restaurieren könnte, ist ohne Zweifel falsch.

Zur Frage der Heimkehr der Kolonialgefangenen aus überseeischen Lagern schreibt man uns: Bei den Verhandlungen in Göttingen mit Vertretern der englischen Regierung ist selbstverständlich auch die vorgenannte Frage zur Sprache gekommen. Die englischen Vertreter haben ausgedrückt, daß auch die Heimkehr der noch in Arabien, Indien und auf Malta befindlichen Gefangenen sobald wie möglich erfolgen soll. Es ist im besonderen zu hoffen, daß die in Arabien und Malta befindlichen Gefangenen bald durch die Schiffe abgeholt werden, die sich mit russischen Kriegsgefangenen auf der Fahrt nach dem Schwarzen Meer befinden. Hierbei sei nochmals festzustellen, daß die in Arabien und Malta befindlichen Gefangenen frei und brauchen nur von der deutschen Regierung abgeholt zu werden, unentgeltlich ist. Die Heimkehr der in Spanien internierten Kamerun-Deutschen ist weiterhin Gegenstand dauernder Verhandlungen. Eine Entscheidung hierüber ist indessen noch nicht getroffen worden. Sie ist abzuwarten von dem zur Verfügung stehenden Schiffraum.

Die Mittel zum Abtransport der Kriegsgefangenen.
Berlin, 20. Sept. (Wolff.) Von der englischen Behörde wurde gestern aus London telegraphiert, daß die ersten vom Schwarzen Meer zurückkehrenden Schiffe zur Abholung der Kriegs- und Zivilgefangenen aus Arabien verwendet werden sollen. Da die ersten dieser Schiffe bereits im Schwarzen Meer eingetroffen sind, kann damit abgesehen werden, daß voraussichtlich schon in 2 bis 3 Transporten wird, der Rest je nach dem Eintreffen der anderen Schiffe später. Es wurde ferner mitgeteilt, daß erst in zweiter Linie die Abholung der Gefangenen aus Malta mit den nach dem Schwarzen Meer fahrenden Schiffen erfolgen soll.

Berlin, 22. Sept. (Wolff.) Um den Abtransport der Gefangenen aus England zu beschleunigen, hat die Admiralität zehn deutsche Dampfer zur Fahrt zwischen englischen und deutschen Häfen gechartert. Die ersten Dampfer fahren voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche.

Die deutsche Republik.
Zusammentritt der Ausschüsse der Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)
h. Berlin, 22. Sept. Am Dienstag nehmen verschiedene Ausschüsse der Nationalversammlung in Berlin ihre Tätigkeit wieder auf, u. a. der Hauptausschuß, der seine Verhandlungen mit den Beratungen des Vorschlags für das Reich beginnen wird.

Die demokratische Fraktion und das Betriebsrätegesetz.
(Eigener Drahtbericht.)

h. Berlin, 22. Sept. Die demokratische Fraktion hatte gestern eine interne Konferenz, bei der besonders das Betriebsrätegesetz besprochen wurde.

Gegen die „Tägliche Rundschau“.
Von ausländischer Seite wird dem Wolff-Bureau mitgeteilt:

„Unter der sensationellen Überschrift „Aufbruch einer Diktatur“ verbreitet die „Tägliche Rundschau“ in ihrer Abendnummer vom Samstag Nachrichten, die andeuten sollen, daß der Reichswehrminister beabsichtigt, eine Militärdiktatur zu errichten und daß er hierzu nahe Beziehungen zur Entente unterhalte. Eine größere Privatität als die Verbreitung einer solchen Nachricht ist kaum denkbar. Die „R.“ behauptet, daß ihr die Angelegenheit aus Kreisen, die dem Republikanismus fördernd nahestehen, mitgeteilt worden sei. Sie scheint vergessen zu haben, daß sie diesen Republikanismus bis in die letzten Tage hinein aufs schärfste bekämpft hat. Wenn nun die „R.“ selbst schreibt, daß sie an die Wahrheit der von ihr verbreiteten Nachricht nicht glauben möchte, so hätte sie soviel Verantwortlichkeitsgefühl haben müssen, ihr Sensationsbedürfnis zu ügeln; zum mindesten hätte sie aber wohl zuvor beim Minister anfragen können. Sie hat es vorgezogen, völlig grundlos einen dicken Stempel auf die Welt zu setzen. Es versteht sich von selbst, daß die Nachricht ihrem ganzen Umfang nach erlogen ist. Der Reichswehrminister hat auch weder mit der Entente, noch irgendwelchen andern Persönlichkeiten irgendwelche Verhandlungen geführt, die den Zweck haben könnten, in Deutschland eine Diktatur aufzurichten. Der „R.“ ist wegen ihres gemeingefährlichen Gebahrens eine ernsthafte Verwarnung erteilt worden.“

Der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die seit Jahren in Arbeit befindliche Neuordnung des materiellen und formellen Strafrechts gelangt demnächst zum gesetzgeberischen Abschluß. Schon vor dem Kriege war von einer großen Strafrechtskommission der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches vorbereitet. Nun sind die Arbeiten soweit gefördert, daß der Entwurf der Öffentlichkeit zur Beurteilung übergeben werden kann. Es handelt sich um eine völlige Neugestaltung, wobei die inwärtigen eingetragenen staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Neuerungen und die moderne Behandlung des Verbrechens und von mäßigendem Einfluß gewesen sind. Besondere Bedeutung erfuhr die Befassung des gemeingefährlichen Verbrechens sowie die Behandlung der jugendlichen Verbrecher. Neu geordnet sind auch die Vorschriften über die Behandlung der rückfälligen Verbrecher sowie der Trunksüchtigen.

Bei geringeren Umfang hat die ebenfalls fertiggestellte Novelle zur Strafprozessordnung, die demnächst unmittelbar der Nationalversammlung zur Beschlussfassung zugehen dürfte. Es handelt sich hier im wesentlichen nur um Änderungen der Strafprozessordnung. Frauen sollen zum Schöffen- und Geschworenentum zugelassen werden. Die Aufstellung der Schöffen- und Geschworenentum durch die Gemeindebehörden kommt in Betracht. An ihre Stelle treten Väter auf Grund allgemeiner Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht. Außerdem ist auch die seit Jahrzehnten geforderte Einführung der Verurteilung in der heute ihr noch nicht unterliegenden Strafen vorgesehen. Endlich sind auch Sicherungsmaßnahmen gegen eine überlange Untersuchungshaft in Aussicht genommen.

Auswanderung.
Das Reichslandwirtschaftsamt, das alle Angelegenheiten des deutschen Einwanderungs-, Auswanderungs- und Auswanderungswesens bearbeitet, hat bereits eine Anzahl Angelegenheiten in verschiedenen Teilen des Reiches eingeleitet, um den Interessenten die Erteilung von Ausfuhren zu erleichtern. Auch mit verschiedenen Vereinen, die sich mit Auswanderungsangelegenheiten befassen, hat das Reichslandwirtschaftsamt Verbindung genommen.

Die Regierungsumbildung in Sachsen.
(Eigener Drahtbericht.)

h. Leipzig, 22. Sept. Hier fanden Verhandlungen zwischen den Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten wegen der Regierungsumbildung statt. Nach Witterungsänderungen nahmen daran 3 Unabhängige und 3 Mehrheitssozialisten teil.

Schwere Niederlage der Unabhängigen in Braunschweig.

Bei den am Sonntag in Braunschweig, Wolfenbüttel, Hildesheim, Göttingen, Helmstedt und Bad Sarzburg vorgenommenen Magistratswahlen haben die Unabhängigen eine ganzliche Niederlage erlitten. In der Stadt Braunschweig wurden die bisherigen Bürgerlichen gegen die Kandidaten der Unabhängigen mit überwältigender Mehrheit gewählt.

Gamburg, 22. Sept. Die fuchsen die Unabhängigen den Anschlag an die in Halle gegründete Meteororganisation durchzuführen. Ihre Anträge wurde abgelehnt und damit die wirtschaftliche Betätigung der Betriebsräte anstatt ihrer bisherigen einseitigen politischen Aktion sichergestellt.

Die Vorgänge in Bielefeld.

Der „Wolff.“ wird aus Bielefeld vom 18. September geschrieben: Die Meldung, daß die Regierung Pöller wieder durch die alte Regierung ersetzt worden sei, entbehrt jeder Grundlage. Die Kommission, die von General Mangin ernannt wurde, ist inzwischen ohne Ergebnis zurückgekehrt. Die „nationale“ Regierung Pöller bleibt bis zu den bevorstehenden Neuwahlen am Ruder.

33. Landwirtschaftlicher Genossenschaftstag.

Der Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften tritt morgen (Dienstag) in der alten Bischofsstadt Bamberg zum 33. landwirtschaftlichen Genossenschaftstag zusammen. Dem Jahresbericht für 1918/19 entnehmen wir folgendes: Von den heute in Deutschland bestehenden 40000 eingetragenen Genossenschaften sind 31000 landwirtschaftliche Genossenschaften. Zwei Drittel davon gehören dem Reichsverband an. Die Mitgliederzahl der dem Verbande angeschlossenen 21000 Genossenschaften beläuft sich auf 2 Millionen. Trotz dieser hohen Ziffer sind erst 50% der selbständigen Landwirte in Deutschland organisiert. Dem Reichsverband dienen 27 Zentralstellen und 12490 Spar- und Darlehensstellen. Der Gesamtumsatz der Zentralstellen belief sich im Berichtsjahre auf 44,2 Milliarden. An Kriegsanleihen brachte der Reichsverband 3 Milliarden auf. Die Träger des genossenschaftlichen Warenverkehrs im Reichsverband sind die 26 Zentral-Ein- und Verkaufsgenossenschaften, die Unterverteilung der Waren betreiben 2623 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, außerdem sind rund 6000 Spar- und Darlehensstellen an Warenbezugs und Absatz beteiligt. Der

Umsatz der Zentralgenossenschaften betrug 1918 rund 600 Millionen Mark. Die Lage der 2248 Molkerei- und Milchverwertungsgenossenschaften, die dem Reichsverband angeschlossenen sind, wird als überaus schwierig bezeichnet, da sie in der Kriegswirtschaft keine ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Berücksichtigung gefunden haben. Die großen Probleme Individualismus und Sozialismus finden für das flache Land ihre allein praktische und durchführbare Lösung in der genossenschaftlichen Form. Der Bericht spricht aber keine Ermunterung darüber aus, daß das genossenschaftliche Prinzip in der Reichsregierung Anerkennung gefunden hat und knüpft daran die Hoffnung, daß für die vielfältige wirtschaftliche Betätigung namentlich in der künftigen Wirtschaftsordnung nach wie vor die hohe sittliche Bedeutung des Genossenschaftsgebaltens das Zielmotiv sein und bleiben wird. Das Genossenschaftswesen wird seinen Teil dazu beitragen, daß wiederum Ruhe und Ordnung in das Wirtschaftsleben eintritt und die Menschheit nach den furchtbaren Leiden der Gegenwart einer besseren und glücklicheren Zukunft entgegengeht.

Badische Politik.

Vom badischen Arbeitsministerium.

Die Beamten des neu errichteten Arbeitsministeriums sind nun endgültig ernannt worden. Ministerdirektor ist der bisherige Oberamtsrat bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus Dr. Rudolf Buch geworden, der diese Stelle seit einigen Wochen einwärtig versehen hat. Er hat sich während seiner Tätigkeit bei der Fabrikinspektion als Sozialreformer einen guten Namen gemacht und war auch im Jahre 1878 in Heidelberg geboren und studierte Ingenieurwissenschaften. Vom Jahre 1888 bis zu seiner Berufung ins Kollegium der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus war er als Mitglied bei der Fabrikinspektion, dem späteren Gewerbeaufsichtsamte tätig. Unter seinen literarischen Veröffentlichungen wurde die Monographie seines Schwiegervaters, des Finanzministers Konzell, in der er die Bedeutung des Arbeiterbundes in der wirtschaflichen Welt viel beachtet. In der Württembergischen Zeitung, als langjähriger Vorleser des Vereins gegen Mißbrauch geistiger Getränke, war er erfolgreich tätig. Auch auf sozialpolitischem Gebiet hat er sich äußerst verdienstlich betätigt. Für eine bessere Württemberg der Techniker im Staatsdienst ist er stets mit Nachdruck eingetreten.

Zum Vortragenden Rat wurde der Hilfsreferent im Ministerium des Innern, Oberamtsrat und Professor August Stürzenacker, ernannt. Dieser ist im Jahre 1871 in Schwabingen als Sohn des späteren Domänendirektors Stürzenacker geboren, legte im Jahre 1895 die Staatsprüfung für das höhere Lehramt ab, trat vier Jahre später als Sozialinspektor in den Dienst der Stadt Karlsruhe ein und wurde im Jahre 1908 zum Professor an der Baugewerkschule ernannt. Im Jahre 1908 wurde er als technischer Referent in das Ministerium des Innern berufen, in dem er bis zum heutigen Tage mit seinem hiesigen Verstande und einer tiefgehenden sozialen Gesinnung die heutzutageigen Arbeiten erledigt. Von seinen zahlreichen Vätern, die das Land um verdient sind, der Karlsruher Hauptbahnhof und das neue Konventionshaus in Baden besonders zu erwähnen. Auch Stürzenacker hat sich auf sozialpolitischem Gebiet in hervorragender Weise betätigt. In Wort und Schrift hat er die Wohnungsfrage gefördert und den Bau von Mietwohnungen durch seine mehrfachen schriftlichen Darlegungen wesentlich gefördert.

Die Stellen von Hilfsreferenten wurden dem Hilfsreferenten im Ministerium des Innern, Regierungsrat Dr. Hans Kampffmeyer, und dem Oberamtsrat Emil Freiherr v. Gemmingen-Fürfeld beim Bezirksamt in Karlsruhe übertragen. Dr. Kampffmeyer ist Landeswohnungsinspektor, Freiherr von Gemmingen, 1880 in Mannheim geboren, fand im Jahre 1912 als Sekretär im Ministerium des Innern seine erste Anstellung und wurde im folgenden Jahre als Amtmann zum Bezirksamt Karlsruhe ernannt. Er gilt als ein tüchtiger Verwaltungsbeamter von feinem sozialen Verständnis.

Endlich wurden der Vortragende Rat, Ministerialrat Eugen Imhoff, der früher Amtshauptmann in Vöhring war, sowie der Hilfsreferent, Regierungsrat Dr. Alexander Freiherr von Busch, ein Sohn des früheren Staatsministers, zum Ministerium des Innern zum Arbeitsministerium versetzt.

Vorstandssitzung des Verbandes der badischen Städte.

In Konstanz fand eine Vorstandssitzung des Verbandes der badischen Städte der Städteordnung statt. Aus der Tagesordnung sind u. a. hervorzuheben: die Verhandlungen über die Neuordnung der Rahmungsmitteleinkauf in Baden, Einstellung eisenlosgemachter Müchlinge, gemeinschaftlicher Einkauf von Baumaterialien durch die Städte und Steuerfragen.

Das Landtagswahlgesetz kann der Ausschuss nicht empfehlen, der Regierung soll ein neuer Vorschlag unterbreitet werden. Was die neue Städteordnung betrifft, so sind die Arbeiten soweit vorgeschritten, daß mit der baldigen Einbringung des Gesetzesentwurfes gerechnet werden kann. Zur Vertagung über diesen Gesetzesentwurf soll der Stadtag einberufen werden. Die Gemeinden hätten gehört werden müssen, ehe das Schulgesetz erlassen worden ist, denn die Verpflichtungen, die Artikel 3 ihnen auferlegt, stellen mit den bestehenden Gesetzen in Widerspruch. Bei der Vollziehung sollen wohnungsstatistische Erhebungen gemacht werden, weil seit Kriegsausbruch eine solche Statistik fehlt.

Die Übernahme der Lichtspielhäuser durch die Städte findet Zustimmung. Was den Heimstätten-Gesetzesentwurf betrifft, so stimmt der Vorstand den Richtlinien zu, die der Unterausschuß ausgearbeitet hat.

Die Pforzheimer Bürgermeistereiwahl.

Für die bevorstehenden Bürgermeistereiwahlen in Pforzheim soll ein gemeinsames Vorgehen der Parteien anstrebt werden.

Die Abfindung Dr. Wettkens.

Aus Weinheim schreibt uns unter a-Mitarbeiter: Der seitens des Bürgermeisters Dr. Wettkens infolge seiner Amtsübernahme mit dem Gemeinderat wegen der Abfindung abzuschließende Vertrag wurde am Freitag durch den Bürgerausschuß einstimmig genehmigt. Ueber die Dienstverhältnisse entscheidet das ärztliche Gutachten von Prof. Dr. Wilmanns in Heidelberg. Als endgültiger Termin der Amtsübernahme wurde der 26. November d. J. bestimmt.

Aus der Tagespresse.

Die den Erben des verstorbenen Buchverlegers August Bösch schützende Buchverlegerin mit dem in 55. Nebrauna erfindenden Reimungsbesatz „Der Reichshäcker“ in Oberkirch eine durch Kauf an den ältesten Sohn August Bösch über.

Aus Baden.

Die Stromlieferung durch das Murgwerk.

Von zukünftiger Seite wird uns mitgeteilt: In letzter Zeit wurde über den Rückgang der Stromlieferung aus dem Murgwerk infolge der abnehmenden Trockenheit geklagt und dadurch mancherorts der Eindruck hervorgerufen, als ob die meteorologischen Verhältnisse bei der Anlage nicht genügend berücksichtigt worden seien und daß die Elektrizitätsversorgung durch das Murgwerk derzeit gefährdet sei. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß bei dem gegenwärtigen geringen Wasserstand der Murg sich noch rund 6000 Kilowattstunden ruhe abgeben werden, während die mittlere jährliche Wassermenge eine durchschnittliche tägliche Abgabe von etwa 180000 kWh. ermöglicht. Die augenblickliche Wassermenge von weniger als 25 Kubikmeter in 15 Tagen des Jahres auf und wird von den vorhandenen mit dem Murgwerk im Kraftaustausch arbeitenden Dampfmaschinen nur wegen der gleichzeitig jetzt herrschenden Kälte noch drückend empfunden.

Derartige Schwankungen im augenblicklichen Arbeitsvorrat treten bei allen durch Wasserkraft betriebenen Werken auf und können auch durch die Anlage von Staubecken nur bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen werden, der durch die wirtschaftliche Größe der Anlagen bestimmt wird. Beim Murgwerk ist ein Ausgleich in zweifacher Weise gegeben: durch die Staubecken in der Murg bei Strichbaumwägen und Forbach, und durch die Staubecken in den Seitentälern. Erstere dienen dem Tagesausgleich und ermöglichen, daß in Zeiten hoher oder mittlerer Wasserführung der Murg kein Tropfen Wasser ungenutzt zu Tale rinnt. Sie ermöglichen jedoch nicht, um Wasser aus regenreicheren Perioden für die trockene Jahreszeit aufzuspeichern. Besteres wird vielmehr Aufgabe der großen Staubecken in den Seitentälern des Schwarzwalds und der Raumungsbau, die demnach mit dem allgemeinen Ausbau des Murgwerkes auszuführen werden sollen. Aber auch dann wird sich ein Zusammenhang des Murgwerkes mit anderen Stromwerken und deren regelmäßige zeitweilige Versorgung durch Stromlieferung nicht umgehen lassen: jeder bezogenen nicht, weil der Arbeitsvorrat jeder Wasserkraft schließlich erschöpft, der Bedarf eines gegebenen Versorgungsgebietes aber in stetigem Wachstum begriffen ist.

In welcher Weise die auf das Murgwerk geübten Erwartungen in Wirklichkeit erfüllt werden, ergibt sich aus der Tatsache, daß die letzterzeit den Berechnungen zugrunde gelegte Jahresleistung des ersten Jahres von 42000000 Kilowattstunden bereits im ersten Betriebsjahre nicht unerheblich überschritten wird. Wenn deshalb die vorhandenen an das Murgwerk angeschlossenen Dampfmaschinen vorübergehend etwas mehr Kohle verbrennen müssen, um den Bedarf der Landesversorgung decken zu helfen, so darf demgegenüber nicht vergessen werden, welche gewaltigen Kohlenmengen der Volkswirtschaft durch die Arbeitsleistung der Murgkraft dauernd erspart werden.

Rückkehr von Kriegsgefangenen in Mannheim.
(Eigener Drahtbericht.)

rr. Mannheim, 22. Sept. Um die geistige Wertschätzung der am 21. September in Mannheim angekommenen Kriegsgefangenen in Stärke von 100 Mann im hiesigen Durchgangslager an. Der Transport wurde im Lager Is-sou-Rille bei Dijon zusammengeschoben und ist sich aus Mannschaften der Kriegsgefangenenkompanien 60, 66, 76 und 79 zusammen. Am Freitag nachmittags erfolgte die Abfahrt in Triet, wo den Heimkehrenden die erste deutsche Begrüßung zuteil geworden war. In Simsburg a. d. Lahn und Darmstadt gab es Willkommens- und Bewilligungsausschüsse. Der Transport umfaßt heute aus allen Teilen Deutschlands, darunter auch aus der nächsten Umgebung von Heidelberg, Pforzheim, Bruchsal und Karlsruhe. Die Leute waren in amerikanischer Gefangenenschaft und machten in ihrem Aeußeren einen guten Eindruck.

Befassung von phosphorhaltigen Düngemitteln.

Karlsruhe, 20. Sept. Der erstickende Mangel an phosphorhaltigen Düngemitteln hat die badische Landwirtschaftsministerie veranlaßt, eine dringende Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium — Berlin zu richten, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß von der Reichsregierung unter allen Umständen Mittel und Wege gefunden werden müssen, daß dieser Mangel beseitigt wird. In dem Gesuch wurde vorgebracht, ohne Rücksicht auf Valuta, Transportverhältnisse usw. zu versuchen, den Ausland phosphorhaltige zu kaufen und diese in den einschlägigen Werken in wirksame phosphorhaltige Düngemittel, wie Superphosphat, umzuwandeln. Auch wurde gebeten, dafür Sorge zu sein, daß die in den Düngemitteln vorhandene Phosphorsäure in wasserlöslicher Form vorhanden sein muß, damit eine volle Ausnutzung durch die Pflanze gewährleistet wird. Es ist zu hoffen, daß die Reichsregierung sich dieser hochwichtigen Forderung nicht verschließt.

Zur Haferablieferung.

wird amtlich mitgeteilt: Zu der bereits als unrichtig gekennzeichneten Bauhausbau, der im Wege der Ablieferung von aufzubereitende Hafer seit dem 1. September in der Pflanzliche Werke verfertigt oder aus Deutschland ausgeführt zu werden, haben sich auf parlamentarische Veranlassung des Ministeriums als Intern sowohl das Reichslandwirtschaftsministerium als auch die Reichslandwirtschaftsministerie nochmals geäußert. Da auch in dieser Sache an sich nicht auf dem Dekret von der Reichsregierung bekannt gemacht werden, wird die auf Baden unvollständige Befragung erwidert werden.

— Pforzheim, 21. Sept. In Wimsheim ist die Wils in die gemeindefürliche Scheune der Landwirte Mathies V. vander und Jakob Lauffer und an die. Die Scheune brannte samt den reichen Erntevorräten bis auf den Grund nieder.

— Mannheim, 21. Sept. Der 47 Jahre alte verheiratete Landwirt Jakob Reuder von hier erlitt in einem Raubüberfall, als er im Besitz war, Gültigkeit wegzufahren, einen Verstoß.

— Mannheim, 21. Sept. Das Hochbauamt hat ein Projekt bearbeitet, nach dem bei der Grenzüberschreitung der Besatzbarnten mit 36 Notwohnungen erstellt werden sollen. Die Ausführung des Projekts, das einen Aufwand von 1 Million Mark erfordert, wird genehmigt. — Die Leiche einer seit einiger Zeit vermisten Lokomotivführerin von hier wurde in der Gegend von Schwarmmuth und Kordenerbrunnung bei Grund zur Tat gewesen sein. — Die unbefangene W a n e s l e i c h e, die dieser Tage im Rhein bei Galselb wurde, ist als diejenige des 40 Jahre alten württembergischen Mühlenerarbeiters Friedrich Reffel von Ludwigsbühl erkannt worden. — In Ludwigsbühl verriet das 4 Jahre alte Söhnchen des Lokomotivführers Reffel unter ein Pflanzwerk und wurde so schwer verletzt, daß es starb.

— Girsbach a. N., 21. Sept. Der 60jährige Leibarzt Landwirt Karl Kumpf ist in der Scheune auf die Schädelkappe und zog sich schwere innere Verletzungen zu, deren Folgen er erlief.

